



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die Wahlreform in Frankreich.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Die Wahlreform in Frankreich.

Sollte es dem Verfasser des ewigen Juden begegnen, daß seine Dichtungen seinen Namen nicht unsterblich machten, so ist das Schicksal darauf bedacht gewesen, ihn auf eine andere Weise zu entschädigen. Die Wahl Eugen Sue's zum Abgeordneten von Paris hat die Veranlassung zu einer der wichtigsten Ereignisse in der Geschichte der jungen Republik gegeben.

Woher kommt der gewaltige Eindruck, den die neuen Wahlen auf die gesammte conservative Partei gemacht haben? — Sie haben mit Schrecken gesehn, daß die gemäßigten „honneten“ Republikaner für die socialistischen Candidaten gestimmt haben, gegen die sie im Juni auf den Barrikaden kämpften, und sie müssen sich nun die Möglichkeit vor Augen stellen, daß im J. 1852 eine socialistische Mehrheit aus der Coalition beider Parteien hervorgeht.

Was sie aber von einer socialistischen Mehrheit fürchten, hat Herr Thiers am deutlichsten ausgesprochen. Nicht ein agrarisches Gesetz im Sinne des Communismus, denn dieses ist unmöglich, sondern die Eröffnung eines allgemeinen Staatscredits für die Arbeiter, die unbegrenzte Ausgabe von Papiergeld und damit die Entwerthung und Unsicherheit alles Eigenthums.

Diesem vorzubeugen, wollen sie die Armee des Socialismus aus dem gesetzlichen Boden herausdrängen, sie halten die Gefahr, ihr auf ungesetzlichem Boden zu begegnen, für geringer.

Sie wollen es bei ihrer Reform des Wahlgesetzes vermeiden, den Buchstaben der Verfassung zu verletzen. Sie wollen es für jetzt, obgleich sie es durch das Organ ihrer beredtesten Führer erklärt haben, daß im Fall eines entschiedenen Widerspruchs zwischen der Verfassung und dem Heil Frankreichs sie keinen Anstand nehmen würden, für das Heil Frankreichs einzutreten.

Die Verfassung verbietet mit bestimmten Ausdrücken, bei der Bestimmung des activen Wahlrechts, folgende Punkte eintreten zu lassen: einen Censur irgend welcher Art, Erhöhung des erforderlichen Alters von 21 Jahren, indirecte Wahl. Sie hat es vergessen, andere Beschränkungen zu untersagen. Die conservative Partei und ihre Siebzehner-Commission hat also nur eine geringe Auswahl von Bestimmungen gehabt, durch die sie das active Wahlrecht beschränken konnte, und sie hat die wirksamste gewählt: die Nothwendigkeit eines dreijährigen Aufenthalts in der Wahlgemeinde — entsprechend der dreijährigen Periode der Legislatur. Die Verfassung hatte nur einen halbjährigen Aufenthalt verlangt.

Niemand wird daran zweifeln, daß durch die Einführung dieser Beschränkung die Absicht der Constitution wesentlich verändert wird; denn sie schließt eine Zahl von beiläufig drei Millionen Urwählern aus; Urwählern, die meistens die Armee des Socialismus recrutiren. Aber der Buchstabe der Verfassung wird nicht verletzt.

Es bleibt noch die Frage übrig, warum man dieses Gesetz jetzt einbringt, da es seine Anwendung doch erst in zwei Jahren findet. — Die Conservativen erklären: um den Credit wieder zu heben, der durch die Furcht vor einer gefeßlichen Herrschaft des Socialismus vollkommen erschüttert ist. — Ihre Gegner meinen: um die Socialisten, deren Anzahl täglich im Wachsen ist, und die nach zwei Jahren einen gefährlichen Kampf erregen könnten, jetzt zu einem voreiligen Ausbruch zu verleiten, sie niederzuschlagen und dann die vollständige Militärdictatur einzuführen.

In Beidem ist etwas Wahres, und um die Hervorhebung des einen und des andern dieser Gesichtspunkte dreht sich die Debatte, die in Beziehung auf das Resultat ohne wesentliche Bedeutung ist, weil die aus zwei Dritteln der Versammlung bestehende Majorität fest entschlossen ist, das Gesetz durchzubringen.

Der parlamentarische Kampf wird vorzugsweise von den „Weißen“ und den „Blauen“ geführt; die „Rothen“ haben nur insofern an der Debatte theilgenommen, als sie (Lagrange, de Flotte) erklärt haben: ihr wollt uns mit euerm Gesetz herausfordern, wir nehmen die Herausforderung nicht an. Wir werden keine Emute machen, wenigstens für jetzt nicht. — Ich glaube an die Aufrichtigkeit dieser Versicherung, denn der Ausgang dieses Kampfes wäre im gegenwärtigen Augenblick sehr sicher. Ob die Socialisten sich aber nicht täuschen, wenn sie an ein constantes Wachsthum ihrer Partei glauben, wage ich nicht zu entscheiden, obgleich in der ersten Zeit ihre Armee sich gewiß aus allen denen rekrutiren wird, die durch das neue Wahlgesetz von dem rechtlichen Boden verdrängt werden und etwa noch nicht dem Socialismus angehören. Bei den Franzosen kann man nie auf eine längere Zeit im Voraus rechnen; irgend eine neue Idee in diese leicht entzündliche Masse geworfen, und die Phalanstere sind vergessen.

Freilich muß diese Idee etwas handgreiflicher sein, als diejenige, welche die Regierung in ihrer englischen Fastnachtsposse durchzuführen gedenkt. Frankreich ist nicht gegen die Comödie überhaupt, aber gegen die schlechte Comödie. —

Die blauen oder honesten Republikaner — Cavaignac, Lamartine, Victor Hugo, Jules Favre u. s. w. — haben das Gesetz theils wegen seiner rechtlichen Bedenken, seines Widerspruchs gegen die Verfassung, theils wegen seiner Opportunität angegriffen. Cavaignac mit militärischer, und daher sehr eindringlicher Präcision, Lamartine, der eine schwierige Stellung hatte, weil er erst vor Kurzem in einer Denkschrift sich über die Unzweckmäßigkeit des allgemeinen Wahlrechts ausgesprochen hat, durch einen Witz: seine ganze Deduction kam nämlich darauf hinaus, daß er behauptete, die conservative Partei habe sich stets selber dadurch gestürzt, daß sie in ungeduldiger Hast vom Guten zum Bessern geeilt sei; eine Behauptung, die mehr durch ihre Paradoxie als durch ihre Wahrheit imponirt. Die Andern haben sich an Phrasen gehalten.

Die Absicht der Majorität in der Debatte ging darauf aus, diese Mittels-

partei moralisch zu vernichten; nur Cavaignac ist geschont worden. Sie hat die Absicht namentlich gegen Einzelne, z. B. Victor Hugo und Jules Favre, vollständig erreicht; ich möchte aber bezweifeln, ob zu ihrem Heil. Denn ihr Hauptvorwurf gegen die Blauen — auf den keiner von diesen geantwortet hat — ist der, daß sie in den letzten Wahlen für die Socialisten gestimmt haben. Durch ihr Verfahren treiben sie aber die Mittelpartei vollständig in die Arme des Socialismus.

Bei directen Wahlen wird ohnehin eine abstracte Parteistellung vorwalten. Zwei schroff prononcirte Parteien, unter starker Leitung, lassen den zwischen ihnen Stehenden keine Wahl, als sich entweder der einen von ihnen anzuschließen, oder ihr Stimmrecht illusorisch zu machen. Bei indirecten Wahlen ist es eher möglich, daß Vertreter eines concreten Interesses, nicht eines abstracten Princip, gewählt werden.

Also auf der einen Seite Montalembert, auf der andern Ledru Rollin. Die Wahl wird schwer. Denn man studire die Reden jenes Führers der ultramontanen Partei, dessen glänzendes Talent ich übrigens auch in dieser neuesten Debatte nicht verkenne, so wird man als den rothen Faden derselben die einfache Negation finden: keine Concessionen den Feinden der Gesellschaft! vielmehr Offensive, ein römischer Kreuzzug gegen die Revolution. Er geht bei der Erörterung eines Gesetzes nie von der eigentlichen Natur desselben aus, sondern stets von der einfachen Frage: können wir dadurch der Demokratie eine neue Fessel anlegen? — Und es ist Montalembert, der die eigentliche Gesinnung der Majorität ausspricht. — Indem man sich seiner Partei anschließt, der Partei der sogenannten Ordnung, spricht man kein positives Princip aus, keine Idee für die neue Organisation des Staats, die doch auf die eine oder die andere Art erfolgen muß; man schließt sich nur einem Feldzuge an, dessen letztes Ziel man nicht übersehen.

Montalembert hat erklärt, er liebe die alte Gesellschaft, den alten Staat keineswegs. Beide seien ihm noch viel zu liberal, viel zu aufgeklärt. Aber sie seien doch noch immer besser, als die phantastischen Ideale der neuen Zeit, darum führe er einen Vertilgungskrieg gegen ihre Gegner.

Ein solcher Krieg ist ein Jahr, zwei Jahre zu führen; länger hält die Parole nicht an. So lange sich nicht ein Staatsmann findet, der über die abstract politischen Fragen — Königthum oder Republik, allgemeines oder beschränktes Wahlrecht u. s. w. hinaus, zu Ideen der wirklichen Organisation übergeht — und ich finde in keiner der drei Parteien einen solchen Staatsmann — so sehe ich für Frankreich kein Heil. Weder die Armee noch die von den Jesuiten geleitete Geistlichkeit ist im Stande, der Gesellschaft den Halt zu geben, der in der sittlichen Gesinnung, und in dem, was diese eigentlich hervorbringt, in der administrativen Selbstständigkeit der einzelnen Theile nicht vorhanden ist.